



Newsletter Ausgabe 19/2017

1. Editorial
2. Regierungsbildung: Es zählen die Inhalte
3. Das Parlament ist arbeitsfähig: Zweite Sitzungswoche des Bundestages
4. Rausgehen und Zuhören: „SPD-Fraktion im Dialog“
5. Kurzmeldungen: Aktuelles aus dem Bundestag
6. Anstehende Termine

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Sitzungswoche in Berlin begann mit einem Paukenschlag: Jamaika ist gescheitert. Schwarz, gelb und grün waren nach wochenlangem Sondierungs-Spektakel nicht in der Lage, eine Regierung zu bilden. Dies bedeutet noch lange nicht, dass die SPD automatisch als Lückenbüsserin zur Verfügung steht. Eine Regierungsbeteiligung um ihrer selbst willen wird es mit uns nicht geben. Der Ball liegt weiterhin als erstes bei Angela Merkel und der CDU als stärkster Partei. Jetzt müssen alle Regierungsoptionen geprüft werden.

Die SPD hat in unserem Land in den vergangenen 150 Jahren immer wieder Verantwortung übernommen. Wir verschließen uns deshalb selbstverständlich nicht Gesprächen, sondern arbeiten verantwortungsvoll und konstruktiv an einem Ausweg aus der verfahrenen Situation mit. Klar ist aber auch: Es zählen die Inhalte. Mit der Union waren am Ende der Legislaturperiode alle Schnittmengen aufgebraucht. Dringend notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen haben sich CDU/CSU verschlossen.

Gespräche kann es daher nur auf Basis unserer Inhalte geben. Wir wollen eine Rente, die für ein gutes Leben reicht und vor Altersarmut schützt, die Abschaffung der Zweiklassen-Medizin, gute Arbeit und gerechte Bezahlung. Deutschland braucht einen politischen Neuanfang. Für diesen haben wir im Wahlkampf geworben und dafür kämpfen wir auch nach der Wahl. Ein bloßes „Weiter so“ ohne inhaltlichen Neuanfang wird es mit uns nicht geben! Das hat nicht nur die SPD-Fraktion gestern so diskutiert, sondern auch im Landesvorstand der SPD Bremen haben wir den Beschluss „Gespräche nur auf der Basis unserer Inhalte!“ gefasst.

Die Welt bleibt nach dem Scheitern der Regierungsbildung nicht stehen. Deshalb ist umso wichtiger, dass der gewählte Bundestag handlungsfähig ist und die SPD in der geschäftsführenden Regierung Verantwortung übernimmt. Letzte Woche haben wir den Hauptausschuss eingesetzt, der vorläufig über drängende Fragen berät. Der Fall der sieben

bald auslaufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr zeigt, dass zügig die Einsetzung der weiteren Ausschüsse folgen muss. Es geht bei den Einsätzen um eine übergangsweise Verlängerung von drei Monaten, wobei ich dem Anti-Terror-Einsatz in Syrien und dem Irak erneut nicht zustimme.

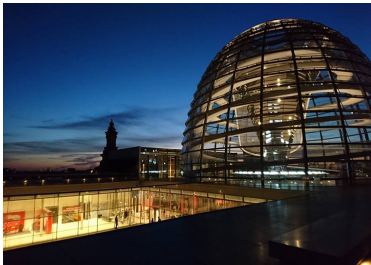
Trotz und gerade weil noch keine Regierung steht, müssen sich die Bürgerinnen und Bürger auf ihre Abgeordneten verlassen können. In der Aktionswoche unter dem Motto „SPD-Fraktion im Dialog“ war ich im Wahlkreis unterwegs und habe mit den Bremerinnen und Bremern darüber gesprochen, was sie nun von der Sozialdemokratie erwarten und welchen Themen wir uns verstärkt im Parlament widmen müssen. Aus sehr guten und offenen Gesprächen nehme ich einiges nach Berlin mit.

Herzliche Grüße



Sarah Ryglewski

Regierungsbildung: Es zählen die Inhalte



Jamaika ist an inneren Widersprüchen und persönlichen Profilierungen gescheitert. Angela Merkel hat ihre Wunsch-Koalition mit denjenigen, die den Regierungsauftrag für sich reklamiert haben, nicht zustande gebracht. Der Ball, die Regierungsbildung voranzutreiben, liegt weiterhin zuvorderst bei Angela Merkel und der CDU als stärkster Partei. Über die Frage wie es jetzt weitergeht, haben wir in der letzten Woche nicht nur in Berlin, sondern auch in Bremen diskutiert. [mehr](#)

Das Parlament ist arbeitsfähig: Zweite Sitzungswoche des Bundestages



Die Frage, wie die künftige Regierung aussehen wird, ist noch offen. Aber wir haben eine geschäftsführende Bundesregierung, die nach wie vor ihre Arbeit macht und SPD-Ministerinnen und Minister, die dort weiterhin ihre Verantwortung übernehmen. Im Gegensatz zu Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt von der CSU, der mit der fünfjährigen Verlängerung des Pflanzengifts Glyphosat klare Verabredungen gebrochen hat. Vertrauensbildung sieht anders aus. [mehr](#)

Rausgehen und Zuhören: „SPD-Fraktion im Dialog“



Während der Aktionswoche vom 13.-17. November unter dem Motto "SPD-Fraktion im Dialog" war ich im ganzen Wahlkreis unterwegs. Mir ist es wichtig, mit den Bremerinnen und Bremern darüber im Gespräch zu bleiben, welche Erwartungen sie an die SPD nach der Wahl haben. Meiner Einladung zu Roten Tischen und dem Polit-Schnack mit der Aufforderung „Ihre Meinung ist gefragt! Welche Themen wollen Sie im Bundestag als erstes behandelt wissen?“ waren viele Bürgerinnen und Bürger gefolgt. [mehr](#)

Kurzmeldungen: Aktuelles aus dem Bundestag

Aktuelle Stunden

Auf Drängen der SPD hat sich der Bundestag mit dem geplanten Arbeitsplatzabbau bei Siemens und dem Erhalt der

Einwanderung regeln

Die parlamentarische Arbeit muss losgehen und die SPD gibt Impulse: Wir haben erneut einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz

Auslandseinsätze

Der Bundestag hat mehrere Auslandseinsätze der Bundeswehr vorläufig

Stahlstandorte in Deutschland eingebracht. [mehr](#)
befasst. [mehr](#)

verlängert. Dem Mandat zur Mission in Syrien kann ich erneut nicht zustimmen. [mehr](#)

Anstehende Termine



Mittwoch, 29.11.2017, 18.30 Uhr bis 20.30 Uhr
Parteiöffentliche Delegiertenvorbesprechung zum
Bundesparteitag,
Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstraße 34

Freitag, 01.12.2017, 12.30 Uhr bis 13.30 Uhr
Roter Tisch in der Stadtbibliothek Bremen-Osterholz,
Walliser Straße 125

[Zu weiteren Terminen geht es hier](#)

Impressum

V.i.S.d.P.: Sarah Ryglewski | Platz der Republik | 11011 Berlin
Tel.: 030 / 22 77 15 95 | Fax: 030 / 22 77 12 12 | E-Mail: sarah.ryglewski@bundestag.de

[Newsletter abbestellen](#)